Stadt Gütersloh
Der Bürgermeister
Berliner Straße 70
33330 Gütersloh

Bezirksregierung Arnsberg
Frau Regierungspräsidentin Diana Ewert
Seibertzstraße 1
59821 Arnsberg

Gütersloh, 01.02.2016

Situation der Unterbringung
von Flüchtlingen und Asylbewerbern in der Stadt Gütersloh
Engpass in der Bereitstellung von Unterkünften
Bitte um Herabsetzung der Zuweisungszahlen in den kommenden 6 Monaten

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Ewert,

Gütersloh ist eine weltoffene Stadt, in der kulturelle Vielfalt und Toleranz geschätzt und gelebt werden. In ihr leben Menschen aus 116 Nationen. Unsere Stadt blickt auf Jahrzehnte intensiver Integrationserfahrungen zurück.
Die Stadt Gütersloh anerkennt ausdrücklich die rechtliche und humanitäre Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, politisch Verfolgten Asyl zu gewähren.
Die Vielzahl der zugewanderten Asylbewerber führt die Stadt jedoch zunehmend an tatsächliche Grenzen. Gütersloh ist eine prosperierende Stadt, in der Wohnraum bereits in der Vergangenheit knapp war. Daher bleibt als Lösung für die Unterbringung der Flüchtlinge trotz Anmietung und Ankauf aller verfügbaren und geeigneten Wohnräume sowie der initiierten Offensive zur Wohnraumversorgung und der Initiative zur Erstellung von Modulbauten letztlich aktuell nur die Beanspruchung von Sporthallen. Erschwerend kommt hinzu, dass die noch von den Briten beanspruchten Kasernen im Jahr 2016 noch nicht, trotz mehrfachen Bittens der Stadt Gütersloh bei den britischen Streitkräften auch nicht teilweise, zur Verfügung stehen.
Die Auswirkungen der Aufnahme einer so großen Zahl von Flüchtlingen auf die städtische Infrastruktur, wie Kitas, Schulen etc. sind aktuell nicht in Gänze abzuschätzen, jedoch ist schon jetzt ein erheblicher Neubaubedarf zu erkennen. Neben den wirtschaftlichen Folgen stellen sich zunehmend Fragen nach den realistischen Chancen einer Integration in den Arbeitsmarkt und die Stadtgesellschaft. Integration braucht Zeit und ein beherrschbares Verhältnis zwischen der Zahl der zu Integrierenden und der Leistungsfähigkeit der aufnehmenden Gesellschaft.
Die derzeitige Dynamik der Zuwanderung stellt die Stadt Gütersloh vor eine große Herausforderung. Dieser sehe ich trotz des enormen Engagements aller Beteiligten, insbesondere des Ehrenamtes, mit zunehmender Sorge entgegen.
Eine nicht gelingende Integration birgt ebenso große wirtschaftliche und gesellschaftliche Risiken, wie eine gelingende Integration Chancen für eine Gesellschaft im demografischen Wandel in sich trägt.

Kopien an:
Herrn Innenminister Ralf Jäger, Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Frau Regierungspräsidentin Marianne Thomann-Stahl, Detmold
Städte- und Gemeindebund NRW, Herrn Dr. Bernd-Jürgen Schneider

Stadt Gütersloh
Der Bürgermeister
Berliner Straße 70
33330 Gütersloh

Daher müssen sich alle Anstrengungen auf eine Integration der integrationswilligen und asylberechtigten Menschen konzentrieren. Dabei ist es hinderlich, wenn der Stadt Gütersloh Menschen ohne Bleiberechtsprognose zugewiesen werden. Letztlich leiden darunter am meisten die Menschen, die aus blanker Not Zuflucht in unserer Stadt suchen und denen wir helfen möchten, von denen ich aber auch für ein gedeihliches Zusammenleben Respekt vor und Anerkennung unserer rechtsstaatlichen und gesellschaftlichen Grundordnung erwarte.
Aufgrund der im 4. Quartal 2015, zuletzt besonders im Monat Dezember 2015, sowie zu Beginn des Jahres 2016 massiv angestiegenen Zuweisungen, existiert in der Stadt Gütersloh ein starker Mangel bei der Bereitstellung von geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten. Aus heutiger Sicht werden mindestens die kommenden 6 Monate benötigt, um neue bauliche Anlagen zur Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt zu errichten. Entsprechende erste Ratsbeschlüsse und Mittelbereitstellungen wurden im Dezember 2015 gefasst. Im ersten Halbjahr 2016 kann es der Stadt Gütersloh aus heutiger Sicht prognostisch noch gelingen, pro Monat ca. 20 Flüchtlinge/ Asylbewerber in anzukaufenden sowie in anzumietenden Immobilien unterzubringen. Bei allen darüber hinaus gehenden Zuweisungen wird die Stadt Gütersloh über die bereits vier für die Flüchtlingsunterbringung in Anspruch genommenen Sporthallen hinaus nicht ausschließen können, zwei weitere Sportimmobilien der Nutzung entziehen müssen. Die dann zusätzlich entstehenden Ausfälle des Schul- und Vereinssports sind sowohl für die laufenden Integrationsbemühungen, die betroffenen Schulen und Vereine sowie für die Gesamtakzeptanz nicht förderlich.
Ich bitte deshalb die zuständigen Stellen des Landes nachdrücklich darum, alle Spielräume zu nutzen, eine deutliche Herabsetzung der Anzahl der Zuweisungen von Flüchtlingen in den kommenden 6 Monaten zu erwirken. Ich habe die Hoffnung dass es in dieser Zeit Rat und Verwaltung der Stadt Gütersloh gelingen kann, eine nennenswerte Anzahl an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten selbst neu zu errichten.
Für weitere Informationen und Gespräche stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Henning Schulz

Kopien an:
Herrn Innenminister Ralf Jäger, Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Frau Regierungspräsidentin Marianne Thomann-Stahl, Detmold
Städte- und Gemeindebund NRW, Herrn Dr. Bernd-Jürgen Schneider